

PLENUM 2018



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

SPD-Mitglieder machen Weg für GroKo frei

MARTIN BURKERT:

Dieselfahrer brauchen schnell Klarheit

GABRIELA HEINRICH:

Koalitionsvertrag stärkt die Menschenrechte

MARTINA STAMM-FIBICH:

Neuer Impfstoff gegen Influenza verfügbar

CARSTEN TRÄGER:

SPD Mittelfranken diskutiert über Erneuerung

SPD-Mitglieder sagen „Ja“

Die Meinung der mittelfränkischen Abgeordneten zum Entscheid der Basis

Carsten Träger: „Nun kommt es auf zwei Dinge an: Wir müssen zum einen den Koalitionsvertrag gut und zügig umsetzen. Zum anderen muss das Versprechen der Erneuerung eingelöst werden. Es geht um neue Antworten auf die Fragen des 21. Jahrhunderts. Es geht um eine neue Hoffnung für Millionen verunsicherte Bürger. Es geht um eine neue Mission für die Sozialdemokratie: Wofür wird die SPD gebraucht? Die SPD hat nun die Chance, sich neu zu finden.“

Gabriela Heinrich: „Ich bin stolz auf meine Partei. Wir haben es uns nicht leicht gemacht: Wir haben diskutiert, Argumente ausgetauscht und abgestimmt. Die vielen neuen Mitglieder zeigen: Die Menschen wollen mitmachen und mitentscheiden. Und zwar bei uns. Im Koalitionsvertrag steckt viel SPD. Wir müssen jetzt zeigen, dass wir das auch umsetzen können, und das was gut ist, selbstbewusster vertreten. Dazu gehört, dass wir uns für Kompromisse nicht beschimpfen lassen. Wer aus Prinzip keine Kompromisse eingeht, wird in einer Demokratie niemals regieren und nie etwas für Menschen umsetzen.“

Martina Stamm-Fibich: „Mir ist wichtig, dass wir alle dieses Abstimmungsergebnis akzeptieren, gegenseitigen Respekt und Zusammenhalt wahren und gemeinsam anpacken. Die intensiven Debatten der letzten Wochen und das Ergebnis zeigen, dass es einen großen Bedarf nach einer starken



Einigkeit macht stark: Gegenseitigen Respekt, Zusammenhalt und gemeinsam anpacken, das hat sich die SPD auf die Fahne geschrieben. Foto: Dominik Butzmann

und zukunftsfähigen Sozialdemokratie gibt, die glaubwürdig für echten sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritt steht. Dazu gehören auch eine deutlich wahrnehmbare Abgrenzung gegenüber CDU und CSU in der Regierungsarbeit.“

Martin Burkert: „Dieses klare Votum spiegelt das Verantwortungsbewusstsein, Selbstvertrauen und den Mut wieder. Während andere Parteien vor der Regierungsverantwortung zurückschrecken, stehen wir zum wiederholten Male bereit, diese unter widrigen Umständen zu übernehmen. Die Parteibasis hat bewiesen, dass die SPD das Vertrauen in sich selbst nicht verloren hat. Deutschland braucht die Sozialdemokratie! Wir beweisen erneut: Die SPD hat den Mut, das Leben der

Die Zahlen zum Mitgliederentscheid

120 Helfer waren mit der Auszählung der Stimmzettel im Willy-Brandt-Haus in Berlin beschäftigt.

» 463.722 Mitglieder waren stimmberechtigt

» 378.437 Stimmzettel wurden abgegeben. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 78,39 Prozent.

» 239.604 Mitglieder stimmten mit Ja, 123.329 mit Nein. Die übrigen Voten waren ungültig. Somit entschieden sich 66,02 Prozent der Mitglieder für eine GroKo.

Menschen in diesem Land positiv zu gestalten! Ich blicke zuversichtlich in die Zukunft, der Koalitionsvertrag trägt unsere Handschrift.“



Martin Burkert | Wahlkreis Nürnberg Süd und Schwabach

✉ martin.burkert@bundestag.de

☎ 030 - 227 733 63

🌐 www.martin-burkert.de

📘 facebook.com/burkertmartin



Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Gewissheit für Dieselfahrer

Nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts gilt es, Fahrverbote zu vermeiden. Die Autobauer stehen jetzt in der Pflicht.

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat sein mit Spannung erwartetes Urteil zur Zulässigkeit von Diesel-Fahrverboten verkündet. Es kam zu dem Schluss, dass es den Kommunen obliegen soll, Fahrverbote für Dieselfahrzeuge zu verhängen.

Diese dürfen ausgesprochen werden, wenn Städte und Gemeinden keine anderen Mittel zur Verfügung haben, um die Vorgaben zur Luftreinhaltung einzuhalten. Auch Nürnberg gehört bekanntlich zu den Städten, in denen mancherorts die Obergrenzen für Stickoxidwerte überschritten werden. Ein Beispiel ist die Von-der-Tann-Straße. Bisher ist offen, wie viele Kommunen von Fahrverboten Gebrauch machen könnten.

Das Urteil ist ein Warnruf an alle, die glauben, man könnte rechtlich verbindliche Grenzwerte einfach ignorieren. Die Bundesregierung und die Hersteller sind nun aufgerufen, Verbraucherinnen und Verbraucher nicht im Regen stehen zu lassen. Die Zeche dürfen nicht diejenigen bezahlen, die sich gerade wegen der vermeintlichen Umweltfreundlichkeit für ein Dieselfahrzeug entschieden haben!

Das Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist es, Fahrverbote für Dieselfahrzeuge zu vermeiden. Sie müssen, wenn überhaupt, eine lokale Ausnahme bleiben. Das Bundesverwaltungsgericht hat ausdrücklich darauf verwiesen,



Die gerichtliche Entscheidung, dass Städte und Gemeinden Fahrverbote für Dieselfahrzeuge aussprechen können, hat viele Bürger verunsichert.

Foto: Gabi Eder/pixelio.de

dass die Verhältnismäßigkeit in jedem Fall zu wahren ist.

Wir wollen die Kommunen nun dabei unterstützen, saubere Luft und bezahlbare Mobilität gleichzeitig sicherstellen. Dazu braucht es vor allem neue Mobilitätskonzepte. Wir setzen auf den Ausbau des ÖPNV und des Radverkehrs, den Umstieg von Bussen, Taxen und Nutzfahrzeugen auf saubere Antriebe, und die Förderung gemeinschaftlicher Nutzung von Fahrzeugen.

Auch die technische Nachrüstung von Euro 5 und Euro 6 – Fahrzeugen

kann einen substantiellen Beitrag leisten, sofern sie technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. An diesem Punkt ist die Automobilindustrie gefragt, die wir hier nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Wir fordern auch die Erhöhung der von den Herstellern gezahlten Kaufprämien für Neufahrzeuge, damit sich Besitzer älterer Fahrzeuge die Anschaffung eines Neuwagens auch wirklich leisten können.

Die Bundesregierung muss jetzt kurzfristig Länder und Kommunen einladen, um über weitere Maßnahmenpakete zu beraten.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Der Koalitionsvertrag stärkt die Menschenrechte

In der Großen Koalition soll die Regierung Vorreiter für eine faire Handelspolitik werden. Unternehmen müssen im Ausland Menschenrechte achten.

In der letzten Großen Koalition haben wir viel kämpfen müssen, konnten aber durchaus einiges durchsetzen. Ich möchte mit ein paar Beispielen zeigen, was der neue Koalitionsvertrag für die Menschenrechte bedeutet.

Wir werden **Gewalt gegen Frauen** entschieden bekämpfen. Die Grundlage ist mit der Ratifizierung der sogenannten Istanbul-Konvention gelegt – jetzt setzen wir das aktiv um – mit einem Aktionsprogramm: Beratungs- und Sensibilisierungsangebote sollen erweitert werden. Hilfestrukturen wie Frauenhäuser werden wir finanziell absichern und mit einem Investitionsprogramm unterstützen. Eine bundesweite Öffentlichkeitskampagne soll dafür sorgen, dass die Hilfe auch allen bekannt ist.

Auch zum Schutz von Frauen auf internationaler Ebene hat der Koalitionsvertrag einiges zu bieten: Der bestehende Aktionsplan zur **UN-Resolution 1325** soll vollständig umgesetzt – und damit auch finanziert – werden. Die Resolution verpflichtet dazu, Frauenrechte zu schützen, gegen sexuelle Kriegsgewalt vorzugehen und Frauen bei Friedensverhandlungen einzubeziehen. Es geht um ein Bündel von Maßnahmen: Aus- und Fortbildung, Schutz von Frauenrechtlerinnen und Frauenrechtlern im Aus-

land, in internationalen Gremien stets für Frauenrechte eintreten.

Der **Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte** war ein großer Erfolg der SPD in der letzten Legislaturperiode. Es geht darum, dass deutsche Unternehmen auch im Ausland die Menschenrechte achten müssen. Und nicht – zum Beispiel in

"Wir werden die Gewalt gegen Frauen entschieden bekämpfen"

Afrika – auf Ausbeutung bis hin zur Sklavenarbeit, Landraub von Ureinwohnern und Ähnliches setzen. Das war aber nur ein erster Schritt mit einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Unternehmen. Im Koalitionsvertrag hat die SPD jetzt den zweiten Schritt durchgesetzt: 2020 wird die Wirksamkeit des Aktionsplans überprüft: Tun die Unternehmen es nicht freiwillig, werden sie gesetzlich zur Achtung der Menschenrechte verpflichtet.

Das ist aber nicht alles: Die neue Bundesregierung soll Vorreiter für eine faire Handelspolitik mit Afrika werden und auf europäischer Ebene klar Position ergreifen: In allen **EU-Handels-, Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen** sollen künftig verbindliche soziale, menschenrechtliche und ökologische Standards und konkrete Beschwerde-, Überprüfungs- und Reaktionsmechanismen vereinbart werden. Ziel: Fairer Handel und faire wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die Menschenrechte sollen ein viel größeres **Querschnittsthema** zwischen den einzelnen Politikfeldern werden. Wir wollen intensiver mit **menschenrechtspolitischen Akteuren** zusammenarbeiten (z.B. mit Amnesty International oder Menschenrechtsverteidiger*innen). Und für uns gehört dazu auch eine bessere finanzielle Ausstattung des **Deutschen Instituts für Menschenrechte**.

Besonders liegt mir auch der **Euro-parat** am Herzen, weil ich dort selber mitmache. Weil Russland gar keine und die Türkei weniger Beiträge zahlt, befindet sich der Europarat in einer haushalterischen Notlage. Der Koalitionsvertrag bekennt sich zu dieser Institution, zu deren Handlungsfähigkeit und damit auch zu einer ausreichenden Finanzierungsbasis.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Neuer Impfstoff bei Influenza verfügbar

Vierfach-Impfung kann helfen. Kostenübernahme für gesetzlich Versicherte noch nicht geklärt.

Schnupfen, Husten, Heiserkeit - insbesondere die Menschen im Süden Deutschlands sind nach Information des Robert-Koch-Institut (RKI) derzeit besonders von der Grippewelle geplagt.

Verursacher ist ein Influenza-B-Typ, der im diesjährigen Dreifachimpfstoff nicht abgedeckt wird. Abhilfe kann mit einem neuen Vierfachimpfstoff geschaffen werden. Allerdings werden die Kosten dafür von den gesetzlichen Krankenkassen bisher in der Regel nicht übernommen.

Die Ständige Impfkommision (STIKO) und das RKI gehen davon aus, dass mit dem neuen Grippe-Vierfachimpfstoff in Deutschland jedes Jahr 270.000 Grippeerkrankungen verhindert werden könnten und mehr als 100.000 Arztbesuche unnötig würden. „Auch wenn

der Vierfachimpfstoff keinen hundertprozentigen Schutz garantiert, sollte er meiner Meinung nach schnellstmöglich allen gesetzlich Versicherten zur Verfügung gestellt werden“, fordert Martina Stamm-Fibich.

Erfreulicherweise übernehmen erste gesetzliche Krankenkassen die Kosten für die Vierfachimpfung bei Risikopatientinnen und -patienten.

„Ich gehe davon aus, dass der Vierfachimpfstoff spätestens zur nächsten Grippezeit allen gesetzlich Krankenversicherten ohne Zuzahlung zur Verfügung stehen wird. Ich erwarte zeitnah eine Entscheidung des Gemeinsamen-Bundesausschusses. Ich bin sicher, dass er die Empfehlung der STIKO übernehmen wird“, so Stamm-Fibich.



Als Ausschuss-Vize nominiert

Die SPD-Fraktion hat Martina Stamm-Fibich zur designierten stellvertretenden Vorsitzenden des Petitionsausschusses gewählt. Der Ältestenrat hatte sich geeinigt, dass der stellvertretende Vorsitz bei der SPD-Fraktion liegt. Als Vorsitzende hatte der Ausschuss bereits Heike Brehmer (CDU) bestimmt. „Ich freue mich über das Vertrauen und auf die Zusammenarbeit“, sagt Martina Stamm-Fibich. F: Achim Melde

Als Jugenddelegierter bei der UN

Mirko Kuschick aus Möhrendorf und Anaick Geißel aus Stuttgart berichteten im Auswärtigen Amt von ihren Erfahrungen als Jugenddelegierte der Vereinten Nationen (UN). Mit der deutschen Delegation nahmen sie an der 72. UN-Generalversammlung 2017 in New York teil.

Auf einer Deutschlandtour haben sie sich mit vielen jungen Menschen

getroffen und deren Forderungen zu Themen wie Bildung, Chancengerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit bei der UN eingebracht. Anfang 2018 nahmen die Jugenddelegierten außerdem an der Sozialentwicklungskommission (CSocD56) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und dem Jugendforum des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) teil.



Mit Falko Mohrs MdB (SPD) und Mirko Kuschick aus Möhrendorf traf sich Martina Stamm-Fibich im Auswärtigen Amt. Foto: Falko Mohrs



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Gemeinsam stark - Mittelfranken macht's vor

Gute Gespräche bei der Reihungskonferenz und dem Open Base Camp der SPD Mittelfranken. Konstruktive Diskussionen über die Ausrichtung der Partei.

Wir haben es immer wieder betont in den vergangenen Wochen: Die Erneuerung unserer SPD steht an erster Stelle — unabhängig vom Ausgang des Mitgliederentscheids zur GroKo. Dass wir das in Mittelfranken besonders beherzigen, zeigten zwei Veranstaltungen, noch bevor das „Ja“ unserer Basis final feststand: Die Reihungskonferenz der SPD Mittelfranken zur Landtagswahl und das gelungene Open Base Camp im Z-Bau in Nürnberg. Beide Male stand unsere designierte Spitzenkandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin Natascha Kohnen im Zentrum. Sie zeigte, dass sie die Richtige zur richtigen Zeit ist, um uns in den anstehenden Landtagswahlkampf zu führen.

Am vergangenen Freitag fanden wir im Karl-Bröger-Zentrum in Nürnberg die richtige Mischung aus alten Kämpfen und neuen Köpfen, um stark aufgestellt in die Wahlauseinandersetzung um Landtag und Bezirkstag zu gehen. Die Listenfindung lief in großer Einmütigkeit. Die mittelfränkischen Listen führen mit Horst Arnold für den Landtag und Christa Naaß für den Bezirkstag zwei erfahrene Allrounder an. „Es kommt darauf an, wirklich zuzuhören. Wir müssen zeigen, dass wir uns als SPD wirklich um die Probleme kümmern“, gab Natascha als Hauptrednerin allen Streitern auf den Weg



Demonstrieren Geschlossenheit: Die Spitzenkandidatin der BayernSPD, Natascha Kohnen (4.v.l.), mit den mittelfränkischen Kandidaten zur Landtagswahl.

Foto: Rüdiger Löster

zur Wahl im Oktober mit. Und machte sich auf, um bereits am nächsten Tag beim Open Base Camp weiter an der Erneuerung unserer Partei zu arbeiten.

Zahlreich nutzten die Mitglieder die Chance, sich konstruktiv über die zukünftige Ausrichtung der BayernSPD auszutauschen. Sie zeigten sich begeistert, dass die ganze Landesspitze sich für jede und jeden Zeit nahm. Viele unterschiedliche Themen gab es in Workshops zu erarbeiten, auf dem Plan standen unter anderem die Punkte „Wohnen“, „Social Media und rechte Trolle“ oder generell wie die Erneuerung der Partei konkret aussehen

könnte, programmatisch, personell und in der Organisation.

Unsere Partei lebt von ihrer Debattenkultur, dem Austausch, dem Für und Wider und dem Antrieb, die Gesellschaft gerechter und zukunftsfähig ins 21. Jahrhundert zu führen. Natascha untermauerte auf diesen beiden Veranstaltungen den Eindruck: Je mehr Menschen sie kennen lernen, desto mehr Sympathien fliegen ihr zu. Im Gegensatz zum Gegenkandidaten der CSU, je mehr Herrn Söder besser kennenlernen, desto weniger....aber konzentrieren wir uns lieber auf uns. Die SPD zu erneuern, ist und bleibt das Gebot der Stunde.